

Herrn Oberbürgermeister  
Peter Jung

Datum 26.03.2014

**Gemeinsamer Antrag**

**Drucks. Nr. VO/0247/14**  
öffentlich

---

Zur Sitzung am 07.04.2014 Gremium  
**Rat der Stadt Wuppertal**

---

## **Bundesregierung soll Kommunen unmittelbar entlasten**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ratsfraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE beantragen, der Rat der Stadt Wuppertal möge in der o.a. Sitzung folgenden Beschluss fassen:

- 1) Der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Bundesregierung auf, die Kommunen bereits vor der Verabschiedung eines Bundesteilhabegesetzes umgehend noch in 2014 um die zugesagte eine Milliarde Euro zu entlasten.
- 2) Der Rat der Stadt Wuppertal fordert die Bundesregierung weiter auf: Die beim Stabilitätspakt und auch mit dem Koalitionsvertrag versprochenen insgesamt fünf Milliarden Euro Entlastung pro Jahr müssen spätestens 2015 die Kommunen erreichen.
- 3) Der Rat der Stadt Wuppertal fordert, dass die Reform der Eingliederungshilfe schnellstens angegangen wird. Die Kommunen sollen diese Aufgabe auch in der Zukunft bürgerinnennah und fachlich kompetent im Sinne der betroffenen Menschen umsetzen und dürfen daher mit den damit verbundenen finanziellen Herausforderungen nicht allein gelassen werden. Die Leistungen für Menschen mit Behinderungen müssen aus der Sozialhilfe herausgelöst und in einem Bundesteilhabegesetz, das den Ansprüchen der UN-Behindertenrechtskonvention gerecht wird, neu geregelt werden. Mit diesem Gesetz muss gleichzeitig eine dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes an den Kosten der Eingliederungshilfe gesichert werden.
- 4) Die Zahl der Menschen mit Behinderung und Unterstützungsbedarf steigt jedes Jahr weiter an, entsprechend wachsen die Kosten dynamisch in erheblicher Höhe weiter. Eine dynamische Weiterentwicklung der Entlastung ist aber bisher nicht in den Plänen der Großen Koalition erkennbar. Daher fordert der Rat der Stadt Wuppertal, dass das Instrument Bundesteilhabegesetz hierzu eine sichere Antwort geben muss, damit die

Entlastung der Kommunen nicht durch einen weiteren Kostenanstieg aufgezehrt wird.

**Begründung:**

Die Städte und Gemeinden in NRW warten dringend auf ein deutliches und klares Signal angesichts ihrer hohen Verschuldung und ihrer trotz guter Konjunktur angespannten Haushaltslage. Für diese Entwicklung ist insbesondere der hohe Anteil an kommunal nur wenig zu beeinflussenden Kosten der sozialen Sicherung verantwortlich. Die Umsetzung könnte durch eine befristete Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft realisiert werden. Davon profitieren vor allem strukturschwache Kommunen wie Wuppertal, die eine Entlastung besonders dringend benötigen.

Noch vor wenigen Monaten bezeichnete Stadtkämmerer Dr. Slawig die im schwarz-roten Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarten höheren Beteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe für die Kommunen als 'sensationelles Ergebnis' und errechnete für Wuppertal eine mögliche jährliche Verbesserung von 25 Millionen Euro. Jetzt wird klar, dass die Freude verfrüht war. Denn durch die Verzögerung gefährdet der Bund die nachhaltige Konsolidierung der kommunalen Finanzen, die durch Entscheidungen der Bundesebene in den vergangenen Jahrzehnten fundamental in Schieflage geraten sind.

Bereits die alte schwarz-gelbe Bundesregierung hatte bei den Verhandlungen zum Stabilitätspakt den Kommunen in Deutschland eine Entlastung von rund fünf Milliarden Euro zugesagt. Für NRW würde dies eine Verbesserung in der Größenordnung von mehr als einer Milliarde Euro bedeuten. Leider hält die neue schwarz-rote Bundesregierung diese Zusage nicht ein.

Der Obmann der CDU/CSU im Haushaltsausschuss Norbert Barthle sagte, dass ein Bundesteilhabegesetz frühestens 2017 kommt und die damit verbundene Entlastung erst 2018. Bis dahin soll es bundesweit erst ab 2015 zu Entlastungen von lediglich einer Milliarde Euro kommen. Dieses ist angesichts der Finanzlage und den gemachten Versprechungen völlig indiskutabel. Auch weitere mögliche Verbesserungen wie z.B. die Erweiterung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer bleiben aus. Das ist kein gutes Signal für die Kommunen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Vorsteher  
Fraktionsvorsitzender

Jörn Suika  
Fraktionsvorsitzender

Gerd-Peter Zielezinski  
Fraktionsvorsitzender